

15. Dezember 2009/bksm15

## Weitere Entwicklung des Gängeviertels ohne Hanzevast

Der Hamburger Senat hat sich mit der Hanzevast-Gruppe darauf verständigt, dass das Projekt Gängeviertel ohne eine weitere Beteiligung des niederländischen Investors fortgeführt wird.

Beide Seiten haben sich auf die Aufhebung der Verträge und die Rückerstattung der geleisteten Zahlungen verständigt. Hamburg erwirbt die Rechte an Planungsleistungen (Architektenpläne etc.) und erstattet Hanzevast einen Teil der entstandenen Aufwendungen. Insgesamt leistet Hamburg an Hanzevast eine Zahlung in Höhe von knapp 2,8 Millionen Euro.

Im September 2008 hatten der Bezirk Hamburg-Mitte und der niederländische Investor Hanzevast einen städtebaulichen Vertrag geschlossen. Die Finanzbehörde hatte sich mit Hanzevast auf einen Kaufvertrag für das Gängeviertel geeinigt, dem auch die Kommission für Bodenordnung zugestimmt hatte. Das von allen beteiligten Seiten gebilligte städtebauliche Konzept sah die teilweise Modernisierung von Gebäuden, den teilweisen Abriss und Neubau sowie eine deutliche Erhöhung der Baumassen vor. Hanzevast hatte in der Folgezeit entsprechend seinen vertraglichen Verpflichtungen das Bauvorhaben weiter vorangetrieben und eine Baugenehmigung beantragt. Diese wurde im September 2009 erteilt. Anschließend wurden vertragsgemäß weitere Kaufpreistraten für die Grundstücke gezahlt.

Ausgelöst durch Aktionen der Künstlerinitiative „Komm in die Gänge“ hat seit Ende August 2009 eine intensive öffentliche Diskussion über die Zukunft des Gängeviertels stattgefunden. Dabei standen sowohl die im städtebaulichen Vertrag vereinbarten Gebäudeabriss und Neubauten wie auch das Nutzungskonzept in der Kritik.

### **Konzeption mit breiterem Konsens ermöglicht**

Hanzevast hat in der Vergangenheit für die Vorbereitung des Projekts und für die Umsetzung der geschlossenen Verträge erhebliche Mittel aufgewendet. In Anbetracht der aktuellen Diskussion sind sich Hamburg und Hanzevast darin einig, dass – ungeachtet bestehender Verträge – eine Umsetzung des bisherigen städtebaulichen Konzeptes weder für den Investor noch für Hamburg zukunftsweisend ist. Aufgrund der öffentlichen Diskussion und der noch offenen konzeptionellen

und zeitlichen Fragen bevorzugt Hanzevast einen Ausstieg aus dem Projekt und ermöglicht Hamburg eine Projektkonzeption mit breiterem öffentlichem Konsens.

Diese Einigung erfolgt in gegenseitigem Respekt für die jeweiligen Interessen und das Engagement der Beteiligten.

Für Rückfragen:

Enno Isermann, Pressesprecher der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
040 – 428 40 2051, enno.isermann@bsu.hamburg.de

Susanne Frischling, Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 207, susanne.frischling@bksm.hamburg.de

Daniel Stricker, Pressesprecher der Finanzbehörde  
040 – 428 23 1662, daniel.stricker@fb.hamburg.de